

Haushaltsrede 2026

Gemeinde Ubstadt-Weiher

Karl-Heinz Hagenmeier

1. Fraktionsvorsitzender

SPD

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

ich begrüße auch die Vertreterin der Presse.

Ich habe mir überlegt, welchen Schwerpunkt ich in diesem Jahr bei der Haushaltsrede setzen kann. Es ist der finanzielle Rahmen, der uns seit Monaten beschäftigt und uns in den Sitzungen der Haushaltsstrukturkommission immer wieder in die Schranken weist.

Unsere Städte und Gemeinden stehen unter massivem finanziellem Druck. Was wir derzeit erleben, ist eine der gravierendsten kommunalen Finanzkrisen seit Gründung der Bundesrepublik – für viele Kommunen sogar die schwerste in ihrer Geschichte.

Die Konsequenzen sind längst spürbar: Es drohen einschneidende Sparprogramme, steigende Gebühren und der Abbau wichtiger Leistungen. Das trifft die Menschen unmittelbar – Familien, Seniorinnen und Senioren, Vereine, Ehrenamtliche. Kurz gesagt: Es trifft den Alltag vor Ort.

Deshalb sagen wir als SPD-Fraktion klar und deutlich: Diese Situation darf nicht zur neuen Normalität werden. Die kommunale Finanzkrise muss beendet werden – weil Politik Verantwortung für die Menschen trägt und hier gefordert ist. Dieses Thema kann niemand aussitzen und warten bis es wieder besser wird.

Das auf Bundesebene durchgesetzte Sondervermögen für Infrastruktur ist ein wichtiger Schritt. Für Ubstadt-Weiher sind das 8,2 Mio. Euro für die nächsten 12 Jahre. Es schafft Investitionsmöglichkeiten und stärkt unsere kommunale Infrastruktur. Doch so notwendig es ist – es behebt nicht die strukturellen Finanzprobleme der Kommunen. **Was es braucht, ist ein gemeinsames, entschlossenes Handeln aller staatlichen Ebenen.**

Darum fordern wir eine gemeinsame Kraftanstrengung zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen und nehmen Bund und Land gleichermaßen in die Pflicht. Jetzt kann ich als Gemeinderat in Ubstadt-Weiher über die Grenzen unseres Landkreises hinaus nur wenig ausrichten.

Deshalb sind in erster Linie unsere Abgeordneten gefordert. Glückwunsch Herr Dr. Schwarz zum Direktmandat im Landtag. Ich appelliere an den neugewählten Abgeordneten, sich in der neuen CDU-Landtagsfraktion für die Kommunen einzusetzen. Ebenso Herrn Gutting auf Bundesebene. Das sind unsere Vertreter, die gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger und das erwarten wir von ihnen.

Und es gibt bereits Lösungsansätze, die ergebnisoffen und konsequent diskutiert werden sollten.

Zum Beispiel: **Mehr Umsatzsteueranteile zum Vorteil von Städten und Gemeinden.**

Kommunen brauchen dauerhaft verlässliche Einnahmen. Bund und Land sollten jeweils einen Umsatzsteuerpunkt an die Kommunen abgeben. Damit würde den Städten und Gemeinden bundesweit mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung stehen – dauerhaft und planbar.

Wir benötigen für unsere Gemeinde eine spürbare Entlastung im Sozialbereich.

Wir stehen uneingeschränkt zum Bundesteilhabegesetz. Es ist ein zentraler Fortschritt für mehr Inklusion und Teilhabe. Gleichzeitig dürfen wir nicht ignorieren, dass die Umsetzung für uns als Kommune mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist.

In Baden-Württemberg tragen Stadt- und Landkreise die Verantwortung für die Eingliederungshilfe, doch der finanzielle Ausgleich durch das Land bleibt unzureichend. Kurzfristig muss die neue Landesregierung die Kommunen aus der Rücklage für Haushaltsrisiken bedarfsgerecht unterstützen. Langfristig brauchen wir neue Vereinbarungen zwischen Bund und Land, damit Aufgaben und Finanzierung wieder zusammenpassen.

Landesabzüge beenden – Kommunen direkt stärken.

Die Abzüge des Landes sollten zurückgefahren werden. Das schafft Spielraum von jährlich rund 300 Millionen Euro zusätzlich für Städte und Gemeinden. Dieses Geld sollte direkt in kommunale Projekte fließen – in Kitas, Schulen, Kultur und soziale Infrastruktur – und nicht in anonymen Rücklagen verschwinden.

Davon würde Ubstadt-Weiher profitieren und Investitionsstaus könnten abgebaut werden.

Ein weiterer Punkt: **Das Konnexitätsprinzip sollte verbindlich abgesichert werden**

Neue Aufgaben dürfen nicht länger auf dem Rücken der Kommunen abgeladen werden. Wenn das Land Pflichten überträgt, muss es diese

vollständig und dynamisch finanzieren. Um das dauerhaft sicherzustellen, bedarf es einer Verfassungsänderung, die endlich Klarheit und Verlässlichkeit schafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lebenswerte Städte und Gemeinden sind kein Luxus – sie sind die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Demokratie. Wer Kommunen stärkt, stärkt das Vertrauen der Menschen in den Staat.

Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung für die Kommunal Finanzen sorgen wir für Stabilität, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit vor Ort. Dafür setzen wir uns ein.

Zur heutigen Haushaltsverabschiedung: Einiges wurde von meinen Vorrednern bereits angesprochen und ich werde mich deshalb auf wichtige Kernaussagen beziehen.

Vorab danke ich der Verwaltung, insbesondere Frau Braun vom Rechnungsamt und ihrem Team für die Erstellung des Haushaltsplanes und nehme folgendes vorweg:

Die SPD-Gemeinderatsfraktion stimmt dem Haushaltsplan 2026 zu, weil dieser auch unter den gegebenen Umständen die richtigen und notwendigen Prioritäten setzt und auf die Zukunft unserer Gemeinde ausgerichtet ist.

Zum Ergebnishaushalt: Wir unterstützen Sie Frau Bürgermeisterin, wenn es um eine solide Finanzplanung geht. Unsere Liquidität bleibt 2026 erhalten.

Die Haushaltsstrukturkommission hat im Herbst unter der Regie unserer neuen Bürgermeisterin ihre Arbeit aufgenommen. Die SPD-Fraktion hält dies für richtig. Wir unterstützen Sie darin, Einsparpotentiale in den vielfältigen Strukturen unserer Ausgaben zu identifizieren. Wir teilen auch Ihre Auffassung, in der mittelfristigen Finanzplanung eine Priorisierung vorzunehmen. Durch Verpflichtungsermächtigungen sind wir an viele Investitionen gebunden. Dies stellt uns in Zukunft vor große Herausforderungen.

Natürlich stehen wir unter enormem finanziellem Druck und müssen deshalb umso gewissenhafter abwägen, welche Maßnahmen umgesetzt werden können und welche zunächst zurückgestellt werden müssen.

Genauso gründlich untersuchen müssen wir ebenfalls die gemeindlichen Einrichtungen und Angebote, um dort so kostenbewusst wie möglich unsere Standards halten zu können. Daher möchten wir nochmals anregen, die Möglichkeiten der Digitalisierung weiter zu nutzen. Dies ermöglicht uns auch, dem allgemeinen Fachkräftemangel, den wir auch in der öffentlichen Verwaltung zu verzeichnen haben, konsequent zu begegnen. Ich weiß, Frau

Bürgermeisterin, dass Sie auch dieses Thema für Ubstadt-Weiher zur „Chefin-Sache“ gemacht haben.

Ein Ärgernis ist, dass Bauprojekte in Ubstadt auf sich warten lassen. Ich meine die Bauvorhaben in der Oberen Straße und auf dem Grundstück des ehemaligen Gasthauses „Engel“. Hier in der Ortsmitte gibt es weiterhin diese unschöne Baulücke.

Eines ist der SPD-Fraktion zudem wichtig. Seit Jahren sprechen wir uns für eine geordnete Innenverdichtung zur Schaffung von Wohnraum durch die Bebauung der innerörtlichen Baulücken aus und möchten diesen Standpunkt jetzt auch noch einmal deutlich so benennen. Lassen Sie uns mit dem sog. „BAUTURBO“, den alle Fraktionen hier im Gemeinderat beschlossen haben, neue Möglichkeiten überprüfen ohne dabei die Sinnhaftigkeit außer Acht zu lassen.

Wir müssen auch die Hebesätze bei Grundsteuer und Gewerbesteuer genau betrachten und Handlungsfelder bewerten. Die Grundsteuerreform hat hier 2025 zu erheblichen Veränderungen geführt. Auf jeden Fall müssen wir mit einem Hebesatz bei der Grundsteuer C, die rund 300 unbebaute Grundstücke betrifft, dafür sorgen, dass mehr Baugrundstücke verkauft werden. Dies hilft auch dem Wohnungsmarkt in unserer Gemeinde. Wer nicht verkaufen möchte, muss mit mehr Steuerabgaben rechnen. Dies entlastet dann zumindest zusätzlich den Gemeindehaushalt.

Stichwort: Neues Pflegeheim. Wir hatten dies in den vergangenen Jahren schon einmal im **Ortsteil Weiher** im Blick. Die demografische Entwicklung erfordert hier weitere Schritte.

Mit dem ASB-Seniorenheim Josefshaus in Ubstadt wurden schon vor über 20 Jahren die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt. Jetzt geht es darum, in einem weiteren Ortsteil ein Pflegeheim zu errichten.

In **Zeutern** sind die Entscheidungen zur Neugestaltung des Geländes am alten Feuerwehrhaus gefallen. Der Kindergarten und eine Arztpraxis sind ebenfalls wichtige zukunftsweisende Entscheidungen.

Die ärztliche Grundversorgung in unserer Gemeinde steht im Fokus. Auch hier schauen wir als Gemeinde nicht nur der allgemeinen Entwicklung hinterher, sondern werden proaktiv tätig. Ich danke der Gemeindeverwaltung für die Aktivitäten auf diesem Gebiet. Im Ortsteil Zeutern wird dies mit der neuen Arztpraxis realisiert. Als nächstes müssen wir den Ortsteil **Ubstadt** im Blick haben, um auch hier frühzeitig die Grundversorgung gewährleisten zu können. Dies gilt natürlich auch für Weiher und Stettfeld.

Eine neue Idee von unserer Bürgermeisterin, die wir weiterverfolgen sollten, sind interkommunale Gewerbegebiete mit unseren Nachbargemeinden. Was interkommunale Zusammenarbeit betrifft, verstehe ich ohnehin nicht, warum

wir nicht noch stärker mit anderen Kommunen zusammenarbeiten. Hier könnten doch Synergieeffekten für alle gebündelt werden.

Das Thema rund um Klimaschutz hat uns im vergangenen Jahr auch viel beschäftigt und wir sind der Meinung, dass in allen Ortsteilen so viele gemeindeeigene Flächen wie möglich – im besten Fall natürlich größere zusammenhängende Flächen – zu diesem Zweck genutzt werden sollten.

Zu den Eigenbetrieben verweise ich auf die Zahlen im vorgelegten Haushaltsentwurf.

Bevor ich zu unseren Vereinen komme, möchte ich auch noch unserer sehr aktiven Freiwilligen Feuerwehr für ihren stetigen Bereitschaftsdienst und die geleisteten Einsätze danken! Es ist der SPD-Fraktion ein großes Anliegen, unsere Abteilungen mit den notwendigen Geräten und Fahrzeugen auszustatten und so die Handlungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Feuerwehr sicherzustellen.

Gerade hatten wir einen Wechsel in der Führungsmannschaft unserer Feuerwehr. Herzlichen Dank an unseren Kollegen Alexander Seifert für die geleistete Arbeit. Herzlichen Glückwunsch, lieber Timo Postweiler zur erfolgreichen Wahl zum neuen Kommandanten. Im Rahmen der Jahreshauptversammlung Anfang März haben Sie von der Versammlung ein tolles Ergebnis erreicht.

Dank und Anerkennung darf ich auch für die Einsätze unserer DRK-Ortsvereine und der DLRG aussprechen. Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass wir als Gemeinderat an Ihrer Seite stehen. Große Anerkennung für Ihr Engagement.

Jetzt zu unseren Vereinen für Kultur und Sport: Die SPD schätzt das Ehrenamt schon immer als einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag. Dafür spreche ich den Vereinen und allen ehrenamtlich Tätigen meinen ausdrücklichen Dank aus. Uns ist wichtig, dass wir weiterhin ausreichende Mittel für die Vereinsförderung bereitstellen können.

Ich komme zum Schluss meiner Rede.

Es gibt noch viele Themen, die uns wichtig sind, z.B. die Krisenvorsorge, der Bevölkerungsschutz, der ÖPNV oder die Personalentwicklung in unserer Verwaltung. Für heute und in Anbetracht der umfangreichen Tagesordnung möchte ich jetzt allerdings abschließen.

Herzlichen Dank Frau Bürgermeisterin Katharina Kimmich für die konstruktive und offene Zusammenarbeit der letzten 8 Monate. Sie haben wirklich einen tollen Start hingelegt und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie uns weiterhin für unsere Gemeinde konstruktiv zusammenarbeiten. Im Namen der SPD-Fraktion danke ich Ihnen für das gute Miteinander im Gremium.

Ganz am Ende möchte ich noch alle Bürgerinnen und Bürger ansprechen und Sie ermutigen beziehungsweise dazu einladen, ihre Anliegen, Ideen oder auch Kritik an uns heranzutragen, sofern Sie gewisse Punkte auf unserer Agenda noch vermissen. Wir sind gespannt auf Ihre Gestaltungsvorschläge und freuen uns über jede Form der Kontaktaufnahme.

Die Mailadressen unsere Gemeinderäte finden Sie auf der Gemeindehomepage.

Vielen Dank.